

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

EntschlieÙung zum Abschluß des Dritten Lomé-Abkommens

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

- A. in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit (Dok. 2-1781/84),
- B. in Kenntnis seiner früheren EntschlieÙungen, insbesondere seiner EntschlieÙungen
 - I. zu einer Empfehlung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat für eine Verordnung zum Abschluß des Zweiten AKP/EWG-Abkommens von Lomé,
 - II. zu einem Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat für einen Beschluß über die Assoziation der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft¹⁾,
- zur Politik der Europäischen Gemeinschaft gegenüber den Entwicklungsländern [Memorandum der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zur Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft – KOM (82) 640 endg.]²⁾,
- zum Umfeld des Nachfolgeabkommens von Lomé II³⁾,
- zu den Ergebnissen der Arbeiten des Paritätischen Ausschusses und der Beratenden Versammlung AKP/EWG⁴⁾,
- zum Beitrag der Europäischen Gemeinschaften zur Bekämpfung des Hungers in der Welt⁵⁾,
- zur Bewertung der gemeinschaftlichen Entwicklungspolitik und zur Rolle des Europäischen Parlaments⁶⁾,

¹⁾ ABl. Nr. C 327 vom 15. Dezember 1980, S. 69

²⁾ ABl. Nr. C 242 vom 12. September 1983, S. 104

³⁾ ABl. Nr. C 277 vom 17. Oktober 1983, S. 146

⁴⁾ ABl. Nr. C 327 vom 15. Dezember 1980, S. 79

⁵⁾ ABl. Nr. C 265 vom 13. Oktober 1980, S. 37

⁶⁾ ABl. Nr. C 260 vom 12. Oktober 1981, S. 72

- zu den mittel- und langfristigen Problemen der gemeinschaftlichen Zuckerpolitik im Zusammenhang mit der Existenz des Zuckerprotokolls AKP/EWG vom 30. September 1981¹⁾,
 - zur kulturellen Zusammenarbeit AKP/EWG²⁾,
 - zu der Hilfe für Flüchtlinge in den Entwicklungsländern³⁾,
 - zu den Ergebnissen der Arbeiten des Paritätischen Ausschusses und der Beratenden Versammlung AKP/EWG im Jahr 1981⁴⁾,
 - zu den Ergebnissen der Arbeiten des Paritätischen Ausschusses und der Beratenden Versammlung AKP/EWG⁵⁾,
 - zu den Ergebnissen der Arbeiten des Paritätischen Ausschusses und der Beratenden Versammlung AKP/EWG⁶⁾,
 - zu den Ergebnissen des Paritätischen Ausschusses und der Beratenden Versammlung AKP/EWG⁷⁾,
- C. in Kenntnis der Entschlüssen der Beratenden Versammlung AKP/EWG und insbesondere ihrer Entschlüssen,
- zum Jahresbericht des AKP/EWG-Ministerrats und zur Untersuchung der im Rahmen des ersten Abkommens von Lomé erzielten Ergebnisse mit Blick auf das baldige Inkrafttreten der Bestimmungen des Zweiten Abkommens von Lomé⁸⁾,
 - zu den Vorschlägen betreffend die Wahrung und den Schutz der Rechte der Wanderarbeitnehmer, Studenten und Praktikanten, die Staatsangehörige einer der Vertragsparteien sind und ihren ständigen Wohnsitz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates oder eines AKP-Staates haben⁹⁾,
 - zum fünften Jahresbericht des AKP/EWG-Ministerrats mit einer Analyse der ersten Ergebnisse des Zweiten Abkommens von Lomé und Empfehlungen für seine optimale Durchführung¹⁰⁾,
 - zu der kulturellen Zusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft¹¹⁾,
 - zum VI. Jahresbericht des AKP/EWG-Ministerrats für die Zeit vom 1. April 1981 bis zum 31. Dezember 1981 sowie über erste Erfahrungen mit der Zweiten AKP/EWG-Konvention¹²⁾,

¹⁾ ABl. Nr. C 242 vom 12. September 1983, S. 115

²⁾ ABl. Nr. C 242 vom 12. September 1983, S. 118

³⁾ ABl. Nr. C 10 vom 16. Januar 1984, S. 278

⁴⁾ ABl. Nr. C 11 vom 18. Januar 1982, S. 44

⁵⁾ ABl. Nr. C 68 vom 14. März 1983, S. 35

⁶⁾ ABl. Nr. C 46 vom 20. Februar 1984, S. 97

⁷⁾ ABl. Nr. C 12 vom 14. Januar 1985, S. 52

⁸⁾ ABl. Nr. C 306 vom 24. November 1980, S. 17

⁹⁾ ABl. Nr. C 306 vom 24. November 1980, S. 24

¹⁰⁾ ABl. Nr. C 15 vom 20. Januar 1982, S. 13

¹¹⁾ ABl. Nr. C 15 vom 20. Januar 1982, S. 22

¹²⁾ ABl. Nr. C 39 vom 10. Februar 1983, S. 10

- zur Zusammenarbeit AKP/EWG im Energiebereich¹⁾,
- zur Bekämpfung des Hungers²⁾,
- zur kulturellen Zusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft³⁾,
- anhand des Jahresberichts des AKP/EWG-Ministerrats 1982 und im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen zu Lomé II⁴⁾,
- zur industriellen Zusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten und der EWG und den Auswirkungen des Abkommens von Lomé⁵⁾,
- zur kulturellen Zusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft⁶⁾,
- zur Lage der Studenten und Wanderarbeitnehmer aus AKP-Ländern, die in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft wohnhaft sind⁷⁾,
- zum Hunger in der Welt⁸⁾,
- zu dem institutionellen parlamentarischen System eines künftigen AKP/EWG-Abkommens⁹⁾,
- zu dem Funktionieren der Zusammenarbeit AKP/EWG¹⁰⁾,
- zum Hunger in der Welt und zum nächsten AKP/EWG-Abkommen¹¹⁾,
- zu den Vorbereitungen für die bevorstehenden AKP/EWG-Verhandlungen¹²⁾,
- anhand des achten Jahresberichts des AKP/EWG-Ministerrats über den Stand der Anwendung des Abkommens von Lomé im Hinblick auf das Nachfolgeabkommen¹³⁾,
- zu Umwelt und Entwicklung¹⁴⁾,
- zur Zusammenarbeit AKP/EWG bei der Entwicklung der Fischerei in den AKP-Staaten¹⁵⁾,
- zur Anhörung der AKP/EWG-Sozialpartner¹⁶⁾ —

1. begrüßt den Abschluß des Dritten Lomé-Abkommens, das eine weitere Phase in dem laufenden Prozeß der Entwick-

¹⁾ ABl. Nr. C 39 vom 10. Februar 1983, S. 28

²⁾ ABl. Nr. C 39 vom 10. Februar 1983, S. 34

³⁾ ABl. Nr. C 39 vom 10. Februar 1983, S. 41

⁴⁾ ABl. Nr. C 300 vom 7. November 1983, S. 14

⁵⁾ ABl. Nr. C 300 vom 7. November 1983, S. 16

⁶⁾ ABl. Nr. C 300 vom 7. November 1983, S. 25

⁷⁾ ABl. Nr. C 300 vom 7. November 1983, S. 28

⁸⁾ ABl. Nr. C 300 vom 7. November 1983, S. 22

⁹⁾ ABl. Nr. C 300 vom 7. November 1983, S. 31

¹⁰⁾ ABl. Nr. C 300 vom 7. November 1983, S. 35

¹¹⁾ ABl. Nr. C 300 vom 7. November 1983, S. 40

¹²⁾ ABl. Nr. C 300 vom 7. November 1983, S. 41

¹³⁾ ABl. Nr. C 282 vom 22. Oktober 1984, S. 15

¹⁴⁾ ABl. Nr. C 282 vom 22. Oktober 1984, S. 26

¹⁵⁾ ABl. Nr. C 282 vom 22. Oktober 1984, S. 28

¹⁶⁾ ABl. Nr. C 282 vom 22. Oktober 1984, S. 37

lungszusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und den AKP-Staaten einleitet, wesentliche Anregungen des Europäischen Parlaments und der Beratenden Versammlung AKP/EWG aufgegriffen hat und inhaltlich einen Fortschritt bedeutet;

2. begrüßt, daß sich die AKP-Staaten und die Gemeinschaft durch die Aushandlung und Unterzeichnung eines neuen Abkommens erneut für ein Modell von Beziehungen entschieden haben, das mit all den Instrumenten, die dabei eingesetzt werden, und angesichts der zahlreichen Teilnehmerländer ein einzigartiges Beispiel für die Nord-Süd-Beziehungen darstellt;
3. erinnert daran, daß das Lomé-Abkommen einen wichtigen Aspekt der Entwicklungspolitik der Gemeinschaft darstellt, besteht jedoch darauf, daß der weltweiten Verantwortung der Gemeinschaft gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird, und zwar unter anderem gegenüber nichtassoziierten Entwicklungsländern, beim Nord-Süd-Dialog in seinem größeren Zusammenhang und bei den Beziehungen zu internationalen Organisationen, was auch Maßnahmen wie Warenabkommen, den gemeinsamen Fonds, die Bereitstellung angemessener Mittel für den Internationalen Fonds für Agrarentwicklung, das allgemeine System der Zollpräferenzen wie auch die Beseitigung des Protektionismus gegenüber Importen aus Entwicklungsländern einschließt, ohne daß dabei jedoch eine Zersplitterung der Bemühungen der Gemeinschaft zum Schaden der Mitgliedsländer des Lomé III-Abkommens bewirkt werden darf;
4. nimmt mit Besorgnis die eklatanten Mängel des Abkommens zur Kenntnis, und zwar insbesondere
 - die zu knappen Mittel, die für seine Durchführung vorgesehen sind,
 - die Tatsache, daß der Sechste Europäische Entwicklungsfonds nicht über den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaft finanziert wird,
 - die andauernden Handelsrestriktionen bei bestimmten landwirtschaftlichen Produkten;
5. nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, daß den Menschenrechten und der Menschenwürde hohe Bedeutung beigemessen wird und die Verpflichtung, für die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, Abstammung, Rasse, nationale Herkunft, Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, Religion oder eines sonstigen Status zu kämpfen, sowie die Entschlossenheit, wirksam auf die Abschaffung der Apartheid hinzuarbeiten, erneut bestätigt wird, und betont den Wert des einzelnen beim Entwicklungsprozeß;
6. fordert, daß die Kommission im Rahmen der Anwendung des neuen Abkommens Initiativen ergreift, damit die Rolle der

Sozialpartner sowohl in den AKP-Staaten als auch in der EWG verstärkt und vertieft wird, indem sie vor allem an der Durchführung des Abkommens beteiligt werden und die schrittweise Anwendung der ILO-Abkommen gefördert wird;

7. begrüßt, daß mehr Wert auf den Begriff der selbstbestimmten und selbsttragenden Entwicklung gelegt wird, und betont, daß dieser Grundsatz bei der Durchführung der AKP/EWG-Zusammenarbeit wirksam angewendet werden muß;
8. billigt, daß der landwirtschaftlichen Entwicklung und der Sicherheit bei der Nahrungsmittelversorgung Priorität eingeräumt wird, fordert, daß mehr Gewicht auf die Entwicklung der kleinbäuerlichen Betriebe unter besonderer Betonung des Feldfrüchteanbaus und diesbezüglicher Initiativen gelegt wird, und hofft, daß viel mehr AKP-Länder mit der Gemeinschaft abgestimmte Ernährungsstrategien anwenden werden;
9. stellt fest, daß bescheidene Fortschritte bei der Abgabe verfügbarer landwirtschaftlicher Produkte zu Präferenzpreisen an AKP-Länder gemacht wurden, und zwar durch die Voraussetzung von Exporterstattungen immer dann, wenn über spezielle Details eine Einigung erzielt wird, und besteht darauf, daß derartige Regelungen in einer Art und Weise gestaltet werden, die die Abhängigkeit von importierten Lebensmitteln nicht erhöht;
10. wiederholt seine Besorgnis über die anhaltende Dürre und Wüstenbildung in einem großen Teil Afrikas, begrüßt das zunehmende allgemeine Verständnis der Bedeutung von Umwelt und ökologischen Faktoren und fordert die vollständige und energische Durchführung der betreffenden Bestimmungen des Abkommens;
11. erinnert daran, daß die Gemeinschaft eine hohe politische Verantwortung bei der Bekämpfung der Wüstenbildung und beim Umweltschutz hat und ihre Maßnahmen in engem Kontakt mit der betroffenen Bevölkerung und unter Einschaltung der Nichtregierungsorganisationen entfalten muß;
12. verurteilt die von der Gemeinschaft weiterhin angewandten Restriktionen beim Import von bestimmten AKP-Agrarerzeugnissen, ermutigt alle Maßnahmen, die die Agrarexporte der AKP fördern könnten, bezweifelt aber, daß die in dem Kapitel über Zusammenarbeit bei landwirtschaftlichen Grundstoffen enthaltenen Bestimmungen wirksam sein werden;
13. nimmt mit Beifall zur Kenntnis, daß ein Titel der Entwicklung der Fischerei gewidmet wurde, und heißt seine Bestimmungen gut; bemerkt jedoch, daß wenig Fortschritte bei den Ursprungsregeln für die in die Gemeinschaft importierten Fischereiprodukte zu verzeichnen sind;
14. mißt der Entwicklung eines leistungsfähigen industriellen Sektors einschließlich der kleinen und mittleren Industrien in der Volkswirtschaft der Entwicklungsländer große Bedeutung

bei und begrüßt die neuen Bestimmungen über die Wiederherstellung und Umstrukturierung bestehender Industriekapazitäten in den AKP-Staaten;

15. bemerkt, daß der erweiterte Abschnitt über die Entwicklung des Bergbaus und des Energiepotentials weitgehend den vom Europäischen Parlament in seiner Entschließung zum Umfeld des Nachfolgeabkommens von Lomé II¹⁾ und von der Beratenden Versammlung AKP/EWG in ihrer Entschließung zur AKP/EWG-Zusammenarbeit im Energiebereich²⁾ aufgestellten Forderungen entspricht;
16. stellt fest, daß die allgemeinen Handelsbestimmungen des Abkommens sich von denen der früheren Abkommen, bei denen kein echter Fortschritt erzielt werden konnte, nicht sonderlich unterscheiden; bedauert zutiefst das Fehlen innovatorischer Maßnahmen zur Förderung des Handels;
17. nimmt die Bestimmungen über die Kooperation im Fremdenverkehrssektor zur Kenntnis, warnt aber davor, zu stark auf den Fremdenverkehr als Entwicklungsfaktor zu setzen;
18. tritt entschieden für eine regionale Zusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten ein, wobei es sich der damit verbundenen Schwierigkeiten bewußt ist, stellt fest, daß der Regionalfonds real kaum aufgestockt wurde, obwohl er als nützlicher Katalysator für weitere regionale und subregionale Kooperationsmaßnahmen dienen könnte;
19. nimmt in dieser Hinsicht mit Genugtuung die gemeinsame Erklärung über die Kooperation zwischen den AKP-Staaten, den überseeischen Ländern und Gebieten und den französisch überseeischen Departements zur Kenntnis, aufgrund derer eine stärkere regionale Zusammenarbeit im karibischen Raum, im Pazifischen und Indischen Ozean herbeigeführt werden soll;
20. begrüßt den neuen Titel über kulturelle und soziale Zusammenarbeit, der weitgehend das Werk der vom Paritätischen Ausschuß AKP/EWG eingesetzten Arbeitsgruppe über kulturelle Zusammenarbeit ist; freut sich besonders über die Anerkennung der wichtigen Rolle der Frau und der Bestimmungen zur Höherbewertung ihrer Arbeit, Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und zur Förderung ihres Status im Produktions- und Entwicklungsprozeß;
21. fordert die Gemeinschaft und ihre AKP-Partner auf, Möglichkeiten der Hilfe für diejenigen Länder zu prüfen, die ihr hohes Bevölkerungswachstum, insbesondere durch Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen zugunsten der Frauen und deren Beteiligung am Entwicklungsprozeß sowie durch Gesundheitsmaßnahmen sowohl zugunsten der Frauen als auch der Kinder, verringern möchten;

¹⁾ ABl. Nr. C 277 vom 17. Oktober 1983, S. 146

²⁾ ABl. Nr. C 39 vom 10. Februar 1983, S. 28

22. fordert die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten auf, alle anderen Wege wie Konsultationen und Verhandlungen auszuschöpfen, bevor die in dem Abschnitt über die handelspolitische Zusammenarbeit vorgesehenen Schutzmaßnahmen angewendet werden;
23. ist der Auffassung, daß die geringfügigen Änderungen am Stabex-System ein Wiederauftreten der während der Lomé II-Periode entstandenen beträchtlichen Schwierigkeiten nicht verhindern werden; stellt fest, daß die Kommission nunmehr die Verwendung der Stabex-Transfers besser im Griff hat;
24. weist darauf hin, daß Sysmin während der Lomé II-Periode nur zwei Ländern zugute gekommen ist, und stellt daher die Grundsätze des – nicht wesentlich geänderten – Systems in Frage; fordert, die Möglichkeit zu prüfen, ungenutzte Sysmin-Mittel auf Stabex zu übertragen;
25. hofft, daß die neuen Bestimmungen für finanzielle und technische Zusammenarbeit eine raschere und wirksamere Entscheidungsbildung, eine einfachere Verwaltung, die raschere Freigabe der Mittel, eine bessere Projektbeurteilung und -auswahl sowie eine wirksamere Verwendung der EEF-Mittel zur Folge haben;
26. tritt nachdrücklich für die Förderung von Kleinstvorhaben ein;
27. begrüßt die neuen Bestimmungen betreffend Beihilfen für Vorhaben und Programme zur Sicherung der Selbstversorgung und zur Integration oder Neuintegration von Flüchtlingen oder Heimkehrern;
28. fordert eine wesentlich wirksamere und weitergehende nachträgliche Bewertung aller von der Gemeinschaft unterstützten Vorhaben und Programme durch die Gemeinschaftsorgane nach den in seiner Entschließung zur Bewertung der gemeinschaftlichen Entwicklungspolitik und zur Rolle des Europäischen Parlaments enthaltenen Empfehlungen¹⁾;
29. weist, da es sich bewußt ist, daß die Wirksamkeit der Tätigkeit der GD VIII durch Personalmangel in einer Reihe von Bereichen beeinträchtigt wird, auf die Notwendigkeit hin, den Personalbedarf der GD VIII angesichts des steigenden Volumens der Mittel, die derzeit verwaltet werden müssen, zu überprüfen;
30. betont, daß angemessen gelenkte Privatinvestitionen einen wertvollen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der AKP-Staaten leisten können, und hofft, daß die Bestimmungen zur Förderung dieser Investitionen unverzüglich und wirksam angewandt werden;
31. fordert gemäß dem Beschluß des Paritätischen Ausschusses AKP/EWG vom 31. Januar 1985 in Bujumbura die Schaffung eines besonderen Ko-Investitionsfonds mit einer Mittelaus-

¹⁾ ABl. Nr. C 260 vom 12. Oktober 1981, S. 72

stattung in Höhe von 50 Mio. ECU außerhalb des EEF zur Förderung von gemeinsamen Unternehmen („joint venture“) zwischen dem KMB der Gemeinschaft und denen der AKP-Staaten, insbesondere im Hinblick auf die soziale Entwicklung;

32. begrüßt das Vorhaben, rasch die Möglichkeit von AKP/EWG-Investitions Garantien zu prüfen, und fordert, daß sie mit einem den jeweiligen AKP-Staaten angepaßten Verhaltenskodex gekoppelt werden;
33. begrüßt die Einsetzung eines einzigen neuen Parlamentsorgans, das den Namen Paritätische Versammlung AKP-EWG haben soll;
34. betont, daß das Zuckerprotokoll den Vertragsparteien vertragliche Verpflichtungen auferlegt, die nach Geist und Buchstaben einzuhalten sind;
35. fordert Kommission und Rat auf sicherzustellen, daß die Bestimmungen über die im Falle einer Erweiterung der Gemeinschaft anzuwendenden Verfahren strikt eingehalten werden;
36. hofft, daß Angola dem Abkommen in naher Zukunft beitreten wird;
37. fordert alle Unterzeichnerstaaten auf, das Abkommen möglichst rasch zu ratifizieren;
38. hält es für wichtig, daß unverzüglich – wo immer möglich noch während der Übergangszeit – Richtprogramme angenommen werden, damit unmittelbar nach Inkrafttreten des Abkommens mit der Durchführung begonnen werden kann;
39. verurteilt die knappe Bemessung der für das Abkommen bereitgestellten Finanzmittel und wiederholt seine Überzeugung, daß eine mangelhafte Finanzausstattung nicht nur Einzelvorhaben und -programme beeinträchtigen könnte, sondern die qualitativen Ziele des Abkommens als Ganzes, fordert, daß für diesen letzteren Fall die Möglichkeit einer Aufstockung der zur Durchführung des Dritten Lomé-Abkommens verfügbaren Mittel geprüft werden kann;
40. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschliebung dem Rat und der Kommission, den Parlamenten der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, dem AKP-Ministerrat und dem AKP-Botschafterausschuß zu übermitteln.